

AKTUELLE POST

aus dem Kreistag (13)



12. Mai 2013

Liebe Genossinnen und Genossen!
Liebe Freundinnen und Freunde!

Wir sind dieses Mal ein wenig später dran mit unserer Post. Die Kreistagsitzung war schon am 8. Mai. Das ist der Vorbereitung für blockupy und der Planung des Wahlkampfs geschuldet. Wir hoffen dennoch, dass sich alle Leserinnen und Leser über die vergangene Kreistagsitzung gut informiert fühlen.

Ausländerbehörde im Wetteraukreis

In der Presse wurde wieder ein Fall veröffentlicht, bei dem das Ausländeramt Wetterau eine äußerst unrühmliche Rolle spielte:

Ein Eritreer erstritt im vergangenen Dezember ein Aufenthaltsrecht vor Gericht. Doch bis Ende April hatte die Behörde nicht reagiert. Stattdessen scheint es so zu sein, dass man eine Abschiebung nach Italien geprüft hatte. Nachdem die Rechtsanwaltskanzlei den Fall publik gemacht hatte, schlug er in der Öffentlichkeit hohe Wellen.

Das menschenverachtende Klima in der Ausländerbehörde wurde zum Thema.

In der Wetterauer Zeitung wurde von verschiedenen Seiten harsche Kritik an der Ausländerbehörde geübt und die Ablösung des Fachdienstleiters gefordert, dem diese Behörde untersteht: der Arbeitskreis Flüchtlinge, der Ausländerbeirat Karben, *DIE LINKE*. Kreistagsfraktion, die CDU Kreistagsfraktion und der CDU-Mann Christian Schwarz-Schilling meldeten sich zu Wort.

SPD und Grüne spielen den Fall in der Presse herunter. Sie erklären den Kreis nicht für zuständig.

Wir haben auf eine Presserklärung der Grünen am 14. Mai geantwortet. Die Erklärung war noch nicht in der Zeitung. Hier vorab der link, wo ihr sie lesen könnt:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/>

Darin wird auch auf die Zuständigkeit eingegangen.

Wir hatten kurz vor der Kreistagssitzung einen Antrag eingebracht. Er wurde vom Ältestenrat nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Der Landrat berichtete stattdessen, dass er mit dem zuständigen Mitarbeiter ein Gespräch geführt und ihn verwarnt hätte. Der Mitarbeiter habe sich bisher nichts zu Schulden kommen lassen.

Inzwischen wissen wir, um welchen Mitarbeiter es sich handelt und es ist mitnichten so, dass er ein unbeschriebenes Blatt wäre.

Unser Antrag:

„Für die Kreistagssitzung am 8. Mai 2013 stellt die Fraktion *DIE LINKE*. folgenden Antrag:
Der Kreistag der Wetterau fordert den Landrat als obersten Dienstherrn des Wetteraukreises und den Kreisausschuss des Wetteraukreises auf, die Arbeit der Fachstelle Aufenthaltsrecht einer Prüfung zu unterziehen und dafür Sorge zu tragen, dass die Fachstelle Ausländerrecht nach Recht und Gesetz verfährt und gerichtliche Urteile beachtet.

Begründung:

Das Ausländeramt Wetterau genießt in Hessen traurige Berühmtheit wegen seines restriktiven und oft fragwürdigen Umgangs mit Asylsuchenden und ausländischen Mitbürgern. Nun sind Fälle bekannt geworden, die die Vermutung begründen, dass Rechtsbruch begangen wird und professionelles Arbeiten nicht in jedem Fall stattfindet. Die bekannt gewordenen Fälle von fragwürdiger Rechtsauslegung durch die Fachstelle Ausländerrecht müssen in aller Konsequenz von der Dienstaufsicht geprüft werden. Sollten sich die Vorwürfe nicht entkräften lassen, sind personelle Konsequenzen geboten.“

Dass der Ältestenrat sich erneut ermächtigt fühlt, einen Antrag für die Tagesordnung abzulehnen, muss demnächst auch noch geklärt werden. Zuständig für eine Nichtbefassung ist nämlich der Kreistag selbst.

Unser Antrag: Eintritt in die Schutzgemeinschaft Vogelsberg

Wir wollten den Austritt aus der Schutzgemeinschaft Vogelsberg rückgängig machen und hatten einen entsprechenden Antrag gestellt. Bei der letzten Kreistagssitzung behauptete die SPD dann, der Austritt sei vom Kreistag nicht beschlossen worden. Im Rahmen der Haushaltsdebatte 2012/2013 beschloss der Kreistag zahlreiche Kürzungen und Einsparmaßnahmen. Dazu gehörte, die Mitgliedschaften in diversen Vereinigungen zu kündigen und die Mitgliedsbeiträge zu sparen. Dazu wurde ein Sammelbeschluss gefasst.

Darunter fiel auch die Schutzgemeinschaft Vogelsberg, der für die maßgebliche Einsparsumme von 130 Euro jährlich gekündigt wurde.

Wir haben am 8. Mai nun einen neuen Antrag gestellt:

Der Kreistag möge beschließen,

Der Wetteraukreis tritt zum 1. Juni 2013 der Schutzgemeinschaft Vogelsberg als Mitglied bei. Als Mitgliedsbeitrag werden 260 Euro jährlich entrichtet.

Der Kreisausschuss vereinbart mit der Schutzgemeinschaft Gesprächstermine, um gemeinsame Projekte und Arbeitsfelder zu entwickeln und umzusetzen, die dem Wasser-, Natur- und Klimaschutz dienen.

Begründung:

- 1.) *Wieso der Kreistag nicht den Austritt aus der Schutzgemeinschaft Vogelsberg beschlossen haben soll (wie Herr Schneider, SPD, auf der Kreistagsitzung am 13.3. 2013 erläuterte) und der Wetteraukreis dennoch aus der Schutzgemeinschaft ausgetreten ist, erscheint uns befremdlich (Ist das ohne Beschluss möglich?). Dennoch: DIE LINKE. hält diese Mitgliedschaft für wichtig und beantragt einen Eintritt in die Schutzgemeinschaft.*
- 2.) *Der Beitrag zur Schutzgemeinschaft betrug bisher 130 Euro. Der Austritt erbrachte nun wirklich kein ernsthaftes Einsparpotential. Eher sollte die Arbeit mit einem höheren Betrag unterstützt werden, was dem Wetteraukreis auch keinen ersthafte finanziellen Verlust zufügt.*
- 3.) *Ein wichtiges gemeinsames Projekt ist die Sicherung des Wasserreservoirs Vogelsberg/Wetterau. Dies wird in Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielen. Die Versorgung des Ballungsraums Rhein-Main und den Naturschutz auszubalancieren, wird große Anstrengungen erfordern. Vernetzungen und gemeinsame Strategien sind hier von Vorteil und dürfen nicht für kurzfristige und unwesentliche Einsparungen aufgegeben werden.
Für den Natur- und Klimaschutz gilt Obiges ebenso.*

Dieser Antrag wurde in die Ausschüsse RUE und HFPG überwiesen. Wir müssen jetzt aufpassen, dass er dort nicht in Frieden ruht bis in alle Ewigkeit.

Unser Dauerantrag: Nassauische Heimstätten

Seit 20. Juni 2012 schlummert unser Antrag „Nassauische Heimstätten“ im Haupt-, Finanz-, Personal- und Gleichstellungsausschuss. Es gibt noch kein Umfrageergebnis aus den Städten und Gemeinden.

Rudi fragt immer wieder nach, doch nichts bewegt sich.

Wir müssen uns wohl etwas ausdenken, um diesen Begräbnissen auf dem Ausschussfriedhof ein Ende zu setzen.

Bericht des Jobcenters

Zum zweiten Mal erschien der Leiter des Jobcenters, Herr Wiedemann, vor dem Ausschuss „Jugend, Soziales und Gesundheit“. Er war gekommen, um Fragen zu beantworten. Denn bei seinem ersten Bericht konnten aus Zeitgründen keine Fragen mehr gestellt werden.

Außer uns hatte keine der Fraktionen eine Frage.

Wir haben uns auf drei Fragen beschränkt, die wir für besonders wichtig halten:

Fragen - Jobcenter /Sozialausschuss 29. April 2013

- Uns erzählen die Menschen von Bearbeitungszeiten derzeit zwischen 4 und 6 Wochen
Sie sagten letztes Mal, die Bearbeitungszeit liege bei 6 Arbeitstagen.
Rechtsanwälte sagten uns, dass einige Untätigkeitsklagen anhängig sind, besonders wegen Zeitverzögerung bei Widersprüchen oder Überprüfungsanträgen.
Kürzlich wurden diese Aussagen ja auch in einem Fall durch das Verwaltungsgericht Gießen bestätigt – da hatte es acht Monate gedauert.

Wie sollen die Bearbeitungszeiten verkürzt werden?

- Hilfesuchende müssen beraten werden, welche Hilfen ihnen zustehen.
Hier gibt es anscheinend Probleme.
Ich nenne hier mal zwei Beispiele – doch das sind keine Einzelfälle:
Eine Frau mit zwei Kindern wird nicht über das Bildungs- und Teilhabepaket informiert. Sie erfährt das bei der linken hatz4 – Hilfe und spricht ihren Sachbearbeiter darauf an. Der weiß auch nicht richtig Bescheid und sagt ehrlicherweise, er müsse sich erst mal informieren.
Keine Auszugsgenehmigung für eine Frau, die seit April die Scheidung eingereicht hat.
Verschwundene Unterlagen – mehrfach.
Schwierigkeiten mit der Eingangsbestätigung und keine Beratung, wie der Weg zu einer selbständigen Wohnung sein könnte.
Erst die Einschaltung eines Rechtsanwalts ermöglichte der Frau, umzuziehen.

Meine Frage ist: was wird getan, um die Beratung sicher zu stellen?

- 6 Prozent der Hilfesuchenden wurden 2012 sanktioniert.
Zwei Beispiele aus unserer Sprechstunde:
Krankmeldungen kamen nicht an. Der Betroffene wurde erst auf 60% dann auf Null sanktioniert.
Er konnte aber nachweisen, dass er die Bescheinigungen abgegeben hatte.
Doch mehrere Wochen hatte er überhaupt kein Geld.
Problematisch ist dabei, dass auch die Miete nicht überwiesen wird.
Ein junger Mann wurde auf 70 Euro monatlich sanktioniert. Der Betroffene – ein seit kurzem cleaner Junkie – bekam keine für ihn ausreichenden Erklärungen. Er bekam auch keine Lebensmittelgutscheine.
Folge der Sanktionierung: Er konnte eine Strafe nicht weiter bedienen.
Wegen Drogenbesitzes hatte es 1400 Euro Strafe zu zahlen. Er hatte schon etwa 1000 Euro gezahlt – von 285 statt 385 Euro, denn er war die meiste Zeit sanktioniert. Folge : 41 Tage Knast (10 Euro Schulden abtragen pro Tag) Er wurde aus der Krankenversicherung rausgenommen- das ist rechtlich nicht möglich: er ist leistungsberechtigt.

Meine Frage ist: was wird seitens des Jobcenters getan, um Sanktionen zu verhindern?

Wiedemann behauptete in seinem ersten Bericht an den Ausschuss, die Bearbeitungszeiten lägen bei sechs Arbeitstagen. Inzwischen war durch ein Gerichtsurteil des Verwaltungsgerichts Gießen öffentlich geworden, dass ein Überprüfungsantrag sogar mehr als acht Monate gebraucht hatte. Also musste Wiedemann nun zugeben, dass sie eine Bearbeitungszeit von 14 Tagen „anstreben“. Er hat inzwischen das „Beschwerdemanagement“ bei sich angesiedelt. Sein Büro kontrolliert nun die Zeitläufe.

(Wobei zu überprüfen wäre, ob es sich auch um ein echtes Beschwerdemanagement handelt.)

Zu den fehlenden Unterlagen erzählt Wiedemann eine Geschichte von einem falschen Briefkasten und dass der zu spät bemerkt worden sei. Nun sei er zugeklebt worden. (Na, dann dürfte es ja jetzt keine verlorenen Unterlagen mehr geben.)

Außerdem werde sich bemüht, den Eingangsbereich zu stabilisieren.

Zu den Sanktionen sagte Wiedemann lediglich: Es gebe eindeutige gesetzliche Vorschriften, wann sanktioniert werden müsse. Er behauptete, es gäbe keinen Ermessensspielraum. Sanktionen seien keine „Kann-Bestimmungen“ – sie müssten erfolgen.

Kleines Schmakerl am Rande:

Wie immer, wenn wir was zum Jobcenter sagen, fühlte sich der FDP-Abgeordnete König animiert bebend vor Wut zurückzuschlagen. Er arbeitet nämlich bei einem Jobcenter und kennt sich da aus.

Er behauptete, die Verzögerungen hätten die Betroffenen meist selbst verursacht. Er bekomme beispielsweise oft Unterlagen ohne Adresse oder Aktenzeichen. Dann könne man sich auch nicht beschweren.

Die Frau Faulhaber will den Betroffenen ja gar nicht helfen, sonst würde sie mit dem Herrn Wiedemann problematische Fälle persönlich besprechen. Stattdessen würde von den Linken nur Politik gemacht.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden.

Viele Grüße von
Rudi und Gabi